LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

31.05.2023
Drucksache 8/2707

öffentlich

Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT
–

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Recht auf Zukunft - generationengerechter Klimaschutz

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/2642**

Der Landtag wolle beschließen:

Jedes Zehntelgrad zählt!

Der Landtag stellt fest:

1. Mit jedem Zehntelgrad Erhöhung der Durchschnittstemperatur mehr erhöhen sich die Folgen und Risiken der Klimakrise.

2. Die Anpassungsfähigkeit menschlicher Zivilisation ist begrenzt und wird mit jedem Zehntelgrad mehr sowohl schwerer als auch teurer.

3. Das CO_2-Budget für Sachsen-Anhalt für das 1,5-Grad-Ziel ist nach derzeitigen Emissionsprognosen spätestens 2029 aufgebraucht.

4. Wir haben heute eine Verantwortung, die Lebensgrundlagen unserer Kinder und Kindeskinder zu schützen und ihnen eine lebenswerte Zukunft zu hinterlassen.

Die Landesregierung wird beauftragt,

1. ein Klimaschutzgesetz in den Landtag einzubringen, welches die Emissionsreduzierung Sachsen-Anhalts deutlich beschleunigt,

2. in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung den Kohleausstieg auf das Jahr 2030 vorzuziehen, um einen geordneten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung zu ermögli-

chen, anstelle eines rein marktgetriebenen zu wirtschaftlichen Ungunsten des Landes Sachsen-Anhalt,

3. sich im Bundesrat für die unverzügliche Einführung eines allgemeinen Tempolimits auf Bundesautobahnen einzusetzen.

Begründung

Das Fachgespräch des Ausschusses für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt hat den anwesenden Abgeordneten erneut eindringlich aufgezeigt, welches Schadpotential die Klimakrise für das Leben der Menschen in Sachsen-Anhalt hat. Es wurde eindeutig festgestellt, dass mit jedem Zehntelgrad die Folgen, Risiken und Anpassung schwerer und teurer werden.

Umso bedrückender ist das unambitionierte Handeln der Landesregierung. Das gesamtdeutsche CO_2äq-Budget für eine 50 %-Chance zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels betrug Anfang 2021 noch 3,1 Gigatonnen CO_2äq. Sachsen-Anhalt hat derzeit einen Anteil von ca. 4 % der gesamtdeutschen CO_2äq-Emissionen, was 0,124 Gigatonnen CO_2äq entsprechen würde. Bei einer gleichmäßigen Reduzierung der Emissionen wäre das Budget 2029 aufgebraucht. Weder Deutschland noch Sachsen-Anhalt befinden sich derzeit auf dem 1,5-Grad-Pfad. Es ist also davon auszugehen, dass das Budget gerissen wird.

Das 1,5-Grad-Ziel ist dementsprechend nach derzeitigem Stand nur zu erreichen, wenn andere Länder unsere Nachlässigkeit ausgleichen.

Die Landesregierung muss ihre Klimaschutzbemühungen daher intensivieren und ein Klimaschutzgesetz für Sachsen-Anhalt in den Landtag einbringen.

Des Weiteren sollte das Land Sachsen-Anhalt auf einen konstruktiven Kurs zur Beschleunigung des Kohleausstiegs umschwenken. Dies ist sowohl für den Klimaschutz als auch den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt von zentraler Bedeutung. Kohlestrom wird zum Ende des Jahrzehnts deutlich teurer sein und nahezu komplett aus dem Markt gedrängt sein.

Ein allgemeines Tempolimit auf Bundesautobahnen könnte laut Umweltbundesamt ca. 6 Mio. Tonnen CO_2äq jährlich einsparen. Es ist damit die am schnellsten umsetzbare Klimaschutzmaßnahme, welche ein Treibhausgaseinsparpotential in dieser Größenordnung vorweisen kann.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitz